

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1896

303 (25.12.1896) I. Blatt

Hausgabe:
Abendlich zwölf Mal.
Monatsspreis:
Vierteljährlich:
in Kartonschubladen
besogen: 2 Mark 50 Pf.,
in das Haus gebracht: 3
Mark 50 Pf., durch die Post
ohne Postgebühr 2 Mark
50 Pf. Vorauszahlung.

Radische Landeszeitung.

Anzeigengebühr:
Die 12spaltige Kolonne
oder deren Raum 20 Pf.
in Reklamentheile 60 Pf.
Bemerkungen:
Unbenützte Stellen
werden nicht aufbe-
wahrt und können nachträglich
sonstigen Anzeigen
Benützung finden.

Redaktion und Expedition: Kirchstraße 2.

Telefonanschluss Nr. 401.

Nr. 303. I. Blatt.

Karlsruhe, Freitag, den 25. Dezember

1896

Eine deutsche Kundgebung aus dem Jahre 1848.

Während das Jahr 1848 auf die nationalen Verhältnisse der Provinz Posen tiefe Schatten warf, setzte die Stadt Bromberg sich durch ihre deutsche Haltung ein unvergängliches Denkmal. Hier war es den Polen nicht gelungen, auch nur für einen Augenblick Oberwasser zu gewinnen. Freilich hatte ein polnisches Komitee auf den 26. März eine Volksversammlung einberufen; doch nahm diese einen anderen Verlauf, als erwartet worden war. Wir sind Deutsche und wollen Deutsche bleiben, so erschallte einstimmig eine Bürgerwehr trat zusammen, durchzog mit klingendem Spiel die Straßen, deutsche und preussische Fahnen erflimmten an allen Häusern.

Dieser von Anfang an eingenommenen Haltung blieben die Bürger Brombergs denn auch in der ganzen folgenden Zeit getreu. Um sie scharte sich die gesamte deutsche Bevölkerung des Regens, und in kraftvollen Beschlüssen gab sie ihrer patriotischen Überzeugung Ausdruck. Herrliche Worte edelster Vaterlandsliebe sind damals gefallen, und wir können uns nicht versagen, aus jener an die Bundesversammlung zu Frankfurt a. M. gerichteten Resolution vom 15. April einige Stellen anzuführen: „Man meint in Deutschland, und wir haben Grund, zu fürchten, daß auch in einer hohen Bundesversammlung dieser Art sich geltend machen werde, als ob die Provinz Posen ein polnisches Land sei. Es hat niemals einen größeren Irrtum gegeben. In vielen Gegenden derselben ist die deutsche Bevölkerung der polnischen gleich, in fast allen ist sie zahlreich zu nennen. Es kommt aber hinzu, daß der polnische Bauernstand es selbst nicht wünscht, unter polnische Herrschaft zurückzukehren, ja, daß er in der großen Mehrheit entschieden von sich ablehnt und gut preussisch gesinnt ist. Also nur der geringen Minderheit des polnischen Adels wegen, eines Adels, den jedes Blatt der Geschichte in seiner charakteristischen Blöße zeigt, wollte Deutschland ein Bestehen aufgeben, das es seit mehr als einem halben Jahrhundert inne gehabt, dem durch deutschen Fleiß und deutsche Ausdauer, durch große Opfer einer deutschen Regierung erst die Kennzeichen der Zivilisation aufgedrückt sind! Und warum will Deutschland diesen Schritt thun? Weil es glaubt, ein früher begangenes Unrecht gut machen zu müssen, weil es eine Wiederherstellung Polens für eine Forderung der Humanität und zugleich für politisch notwendig hält zum Schutze Deutschlands gegen Rußland. — Hohe Bundesversammlung, wir achten die Humanität, selbst in ihrer Verblendung. Aber wir verwerfen mit gerechtem Zorne jene mütterliche und charakterlose Humanität, die den eigenen Feinden und Brüdern verleugnet, um einem Fremden sich zuwenden, wir verlangen, daß ein politisch mündig gewordenes Volk die Gestaltung seiner staatlichen Zustände nicht nach warmblütigen Herzensregungen und nebelhaften Vorurteilen einer abstrakten Gerechtigkeitsebene regelt, sondern nach klaren Gedanken und mit besonnener Einsicht. Deutschland würde durch das freiwillige Aufgeben Polens nur den Hohn und schadenfrohen Spott aller politisch reifen Völker auf sich ziehen; es würde von neuem zeigen, daß es zur wahren politischen Reife noch nicht gelangt ist.“

Und heute, nach beinahe 50 Jahren, hat sich das Polentum unter Führung der römisch-katholischen Geistlichkeit zur eigenmächtigen Opposition gegen alle Deutsche organisiert, aber wir Deutsche tranken noch immer an der in der Revolution so treffend gekennzeichneten „mütterlichen und charakterlosen“ Humanität!

Vom Tage.

Karlsruhe, 24. Dezbr.

Eine Aeußerung des Kaisers über den Hamburger Streik.
Seit einigen Tagen geht eine Aeußerung des Kaisers durch die Blätter, die inwischen im „Reichsanzeiger“ weder bestätigt noch bestritten worden ist, die man demnach wohl als authentisch annehmen darf. Die Aeußerung zeigt, wie sehr der Kaiser von der hoffnungsvollen Auffassung der sozialen Frage, von der zu Beginn seiner Regierung die bekannte Aeußerung über einen deutschen Beweis gab, im Laufe der Zeit zurückgekommen. Der Bericht über die Aeußerung lautet:

Kleine Erinnerungen an Jakob Walsch und seine Zeit.

(Fortsetzung.)

A. Um keine Wehrmänner vom Schusse zu nehmen, spannten sich die Offiziere selbst vor die erste Kanone. Hauptmann Knittel und Leutnant Gräß ergriffen Reichsel und Wagen, andere trieben zur Nachhilfe an den Mägen, und nun hieß es „Trab!“ — Aber es gelang nur im Schritt. Rechts um die Ecke herum geschwenkt sollte die Kanone in den vorderen Hof. Der Mond trat eben aus den Wolken und machte aus unserer Stellung (so erzählt Koelle) ein malerisches Bild. Wir hätten gerne darauf verzichtet, denn auch unsern Gegnern erhellte er die Scene. Das Geschütz mochte ihnen nicht gefallen; plötzlich begrüßte uns eine derbe Ladung. Bei, wie wurde da die Kanone so leicht, und im vollen Trab kam sie an den mittleren großen Hof des Eisenhofes. Abgeprobt, gewendet durch unsern Artillerieoffizier und Oberleutnant Fäßler, mit Kartätschen geladen, stand sie nun da und ließ die Angreifer in ihren unheilvolleren Schluß hineinblicken. Der Kanonier warf seinen Mantel über das Füllhorn, um es vor der Feindsicht der Nacht zu schützen und die Bedienung stellte sich hinter den feineren Hofsosten. Es mochte 2 Uhr sein, der Morgen rückte näher, und wir wußten immer noch nicht, welches das Ende sein würde.

Auf dem Rathhause versuchte man bisher vergeblich etwas auszuführen. Es war nur ein schwacher Nachschuß dort zurückgeblieben. Oberst Gerber beschloß zu wiederholtenmalen, Generalmajor zu schlagen, und obgleich auf die Trommler und ihre Bedeckung geschossen wurde, gelangten sie doch unter Führung des Hauptmanns Müller von der 6. Kompanie durch die Hauptstraßen bis zur Infanteriekaserne, mehrmals genötigt, sich wieder auf die Hauptwache zurückzuziehen. Es bedurfte dieses Alarmzeichens nicht mehr, da der Lärm selbst laut genug die Wehrmänner unter die Waffen rief. Doch war es keine so leichte Aufgabe, in Bürgerwehuniform durch die Straßen zu gehen, denn seit den Vorgängen im Zeughaus wurde diese Uniform ebenso verfolgt, wie die der Linienoffiziere. Dennoch kamen immer mehr Wehrmänner auf dem Rathhause an (wenn auch zum Teil arg mißhandelt), so daß Entsendungen gemacht werden konnten. Da man über die Vorgänge im Schlosse im Unklaren war, wurde eine starke Patrouille von der Feuerwehr dahin abgeschickt, um Erkundigungen einzuziehen. Sie erreichte ihr Ziel nicht, sondern wurde in der Kronen-

Der Kaiser hat bei dem parlamentarischen Diner beim Reichskanzler im Gespräch mit einem hervorragenden Politiker, in Anknüpfung an den Hamburger Ausstand, sein sozialpolitisches Programm entwickelt. Er sprach seine Freude darüber aus, daß die Arbeiter in Hamburg den kräftigen Widerstand gegen die unberücksichtigten Forderungen der Ausständigen geleistet hätten, und sprach den Gedanken an die Einberufung der Arbeiterkongresse aus. Durch die Bildung einer solchen Koalition würde allen Verführungen und Verheißungen mit Erfolg entgegengetreten werden können. Eine solche Koalition werde auch der Arbeiterwelt selbst zum Segen gereichen.

Anlässlich dieser Aeußerung des Kaisers wird in der demokratischen und in der sozialdemokratischen Presse auf's neue heftig über die einseitige Stellung getraut, die sowohl von der Reichsregierung als von den Hamburger Behörden dem Streik gegenüber eingenommen werde. Die „Damb. Nachr.“ betonen dagegen, daß der Lärm über die Aeußerung des Kaisers „einfach sinnlos“ sei. „Der Kaiser“, führt das Blatt aus, hat seiner Meinung über die Sozialdemokratie in den letzten Jahren mehrfach zu unzweideutigem Ausdruck gegeben, als daß seine Verleumdung über die Beteiligung der sozialdemokratischen Kraftprobe in Hamburg irgendwelche Erstaunen hervorrufen könnte. Auch die Ermahnung an das Bürgergertum bzw. die Arbeitgeber, sich der revolutionären Verheißung gegenüber zu festem Widerstande zusammenzuschließen, ist aus dem Munde des Monarchen so oft gehört worden, daß es nur natürlich ist, wenn sie jetzt in Anknüpfung an das Hamburger Beispiel mit besonderem Nachdruck wiederholt wird. Der Hamburger Arbeiterverband hat in der That gezeigt, was eine feste Organisation und ein einheitlicher Wille vermag, wenn es gilt, den Kampf gegen den sozialrevolutionären Ansturm zu bestehen. Es ist zu hoffen, daß dieser Kampf auch auf anderen der weitverbreiteten Arbeiter, sobald es ihm klar geworden sein wird, daß es sich nicht um die Verlegung einer verständigen Ordnung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, sondern um die Zurückweisung revolutionärer Annahmen gehandelt hat, einen heilsamen Einfluß ausüben wird. Jedenfalls aber wird er dem deutschen Bürgergertum ein Wegweiser und ein Sporn zur Aeußerung sein. In diesen Tagen sind es zwei Jahre, daß der Berliner Bierboikott beendet wurde: Der Bevollmächtigte der Brauereien schloß einen rechtlichen Friedensvertrag nicht mit den Arbeitern, sondern mit dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Singer. Es war der höchste Triumph, den die Sozialdemokraten bis dahin in Deutschland errungen hatten, ein Triumph, der von dem denkenden deutschen Bürgergertum als eine trübe Perspektive in die Zukunft empfunden wurde. Den Hamburger Arbeitgebern ist jetzt die dankbare Aufgabe zugefallen, den Alpenrück dieser Erinnerung von dem deutschen Bürgergertum zu nehmen. Ist dieser Kampf beendigt durchgekämpft, so wird das Arbeitergertum aller Orten der Zukunft mit neu gestärktem Mute entgegengehen.

Der deutsch-russische Neutralitäts-Vertrag

wird immer und immer wieder besprochen. Neuestens erhält der Brief Kaplo zur Geschichte des Vertrags einen Berliner Brief, in welchem es u. a. heißt:

Es ist bekannt, daß es eine Zeit gab, in der die militärischen Kreise am Berliner Hofe das Liebergebot besaßen und nahe daran waren, ihre Absichten zu verwirklichen. Damals entschloß sich Fürst Bismarck, den Vertrag abzuschließen, der eine Beteiligung Russlands an einem Krieg gegen Deutschland unmöglich gemacht hat. Die Militärpartei berief sich darauf, daß Frankreich, sobald es sich stark genug fühlen werde, zum Angriffe schreiten werde, in welchem Falle es unbedingt auf die bewaffnete Unterstützung Russlands rechnen könne. Mit dem Vertrage in der Hand war Fürst Bismarck in der Lage, dem deutschen Kaiser zu beweisen, daß diese Voraussetzung falsch sei und daß Rußland, falls Frankreich angreifen sollte, in der Neutralität verbleibe. Damit war der Sieg der Friedenspartei gesichert. Für dieses Vorgehen verdient Fürst Bismarck, daß diejenigen, welche die Erhaltung des Friedens wünschen, das selbe anerkennen sollten. Daraus zielten auch die Freunde Bismarcks ab, als sie behaupteten, daß der Neutralitätsvertrag nicht nur nicht gegen Oesterreich-Ungarn, sondern im Gegenteil auch im Interesse Oesterreich-Ungarns gelegen war. Das ist dahin zu verstehen, daß Oesterreich-Ungarn sicherlich nicht gewünscht hat, in einen Krieg mit Rußland verwickelt zu werden. Wenn aber die deutsche Militärpartei gesagt hätte und Deutschland der Krieg erklärt worden wäre, so wäre Oester-

reich-Ungarn im Sinne des Vertrages, der die Grundlage des Dreibundes bildet, gezwungen gewesen, an dem Kriege gegen Rußland teilzunehmen. Wenn nun Fürst Bismarck die Angelegenheit so leitete, daß Deutschland in einen Krieg mit Rußland nicht verwickelt werden konnte, so hat er unzweifelhaft auch die friedlichen Absichten und die Interessen Oesterreich-Ungarns glücklich und mit vollem Erfolge gewahrt.

Zur Stichwahl im Oberamt Gmünd.

Was man nach dem ganzen Gang der Wahlbewegung und nach dem Verhalten der maßgebenden ultramontanen Presse, die gar bald sich auf einen Sieg des Dorfschaplans einrichtete, vermuten mußte, ist eingetroffen. Mit Hilfe der Sozialdemokraten, so schreibt der „Schw. M.“, ist bei der Stichwahl am 22. Dez. der gemäßigtere, der „legale“ Centrumskandidat Rektor Dr. Klaus, seit 13 Jahren Abgeordneter des Bezirks, von dem Kandidaten der Dorfschaplans, dem Anti-Freimaurer Pfarrer Schwarz aus Ottenbach, bei weitem geschlagen worden. Die „Dunckerlöcher“, von denen Hr. Schwarz in seinen neuesten Versammlungen, sobald er einige Arbeiter in seiner Nähe sah, so viel zu erzählen wußte, haben ihre Wirkung nicht verfehlt. So sind in der Stadt Gmünd die Sozialdemokraten fast geschlossen in das Lager von Schwarz abgerückt. Von 442 St. ist dort Schwarz auf 1014 gestiegen, was den 591 soz.-dem. Stimmen des 1. Wahlganges fast genau entspricht. Um die Wahlsache ihrer Parteileitung, die bekanntlich auf das entschiedenste Wahlenthaltung ankündigte, haben sich also die Sozialdemokraten, auch ein bemerkenswerthes Zeichen, mit ganz vereinzelten Ausnahmen, nicht das Geringste gekümmert. Es ist bei allem Ernste ein heiteres Bild, das diese Verdrüßung von tiefrot und tief schwarz! Man darf darauf gespannt sein, wie die sozialdemokratische Presse diese wertwürdige Parteidisziplin zu erklären sucht, bei der sich die wertwürdige sozialdemokratische Prinzipienfestigkeit in der durchschlagenden Unterstützung eines Dorfschaplans Luft machte, der wohl eine der reaktionären Gestalten des Landtags sein dürfte. Die evangelischen Wähler sind, wie bei der Zuspitzung des Wahlkampfs zu erwarten war, lebhaft für die Wiederwahl von Klaus eingetreten: ihre Stimmen haben sich gegen den ersten Wahlgang verhalten. In den rein katholischen Landorten dagegen ist fast ausnahmslos die leidenschaftliche Agitation für Schwarz, bei der der ganze konfessionelle Fanatismus, dessen der Ultramontanismus fähig ist, gewendet und genährt wurde, noch glücklicher gewesen, als schon bei der ersten Wahl. Das Mehr von 1138 Stimmen, das Schwarz gegenüber der ersten Wahl erhielt, verteilt sich ziemlich gleichmäßig auf Stadt und Land; dort sind es 571, hier 567 Stimmen. Auch bei Klaus hat ein gleichmäßiger Zuwachs stattgefunden, in der Stadt 212, auf dem Lande 204 Stimmen. Von der Zunahme auf dem Lande fallen aber 250 St. auf die 3 evang. Ortsschaften Heubach, Lindach und Tägeroth, so daß also Klaus in den katholischen Landorten einen Rückgang erfahren hat. Diese Erscheinung ist um so bezeichnender, als erst in den letzten Tagen die Mehrzahl der kath. Landgeistlichen des Bezirks eine Erklärung veröffentlichte, in der diese mit Namensunterschrift die Kandidatur Klaus für die „rechtmäßige Centrumskandidatur“ erklärten. Auf dieser Liste befand sich, um nur einen Ort herauszugreifen, auch der Pfarrverweser von Reichenbach, der dann von seinem ganzen Ort bei der Wahl glücklich der einzige gewesen ist, der den „Rechtmäßigen“ gewählt hat; seine ganze Gemeinde ist für Schwarz eingetreten! Das sind doch auffallende Zustände. Sie gehören zu demselben Kapitel, wie wenn einer der Dorfschaplans bei der Verlesung eines Briefes des Domkapitulars Dr. von Linsemann, in dem „privatim“ die Kandidatur Klaus empfohlen wurde, ausgerufen hat, „das gehört nicht hierher, ist von auswärts“. Das heitere an der Sache ist, daß doch auch der jetzige Abgeordnete für den Bezirk Gmünd „von auswärts“ ist. Der Humor der Sache liegt auch darin, daß Ottenbach, aus dem für Rektor Klaus der Schwärzere und Stärkere gekommen, sein eigener Geburtsort ist. Der Bezirk Gmünd wird wohl noch lange unter den Nachwehen dieses Wahlkampfes innerhalb des eigenen ultram. Parteilagers zu leiden haben. Der schließliche Erfolg, den die schärfere Richtung mit Hilfe ihrer eigenen Toeside errungen hat, wird wohl in manchen Centrumsbezirken den noch schlummernden Fanatismus wachrufen. Alle Anstrengungen der ruhiger denkenden Mehrheit der kath. Geistlichkeit des Bezirks, ja die Zustimmungsdemonstrationen ganzer Kapitel, wie von Gmünd

war nicht zu sehen. Etwa 30 Schritt vom Zeughaus wurde Halt gemacht. Außen und innen blieb alles still.

Die an der Spitze der Bürgerwehr marschierenden Soldaten (von der Schloßwache) tauschten beide Teile. Im Zeughaus glaubte man, die Aufständischen erhielten Zugang, diese wußten daselbst und enthielten sich des Schießens. Ihr Feuer hätte, da die Truppe in Zugkolonne stand, verberberliche Wirkung thun können. Der Zug gab ein Signal mit der Trommel und rief nach einem Parlamentar. Hauptmann Kraep ging mit 2 Linienkolonnen vor. Aus dem Zeughaus trat Bannerführer v. Schäfer. Das gegenseitige Erkennen war die ganze Unterhandlung. Durch das geöffnete Seitenthür zog die Kolonne ein. Da war Freude und Jubel in der hartbedrängten kleinen Festung! Das Gefühl der Erlösung aus schwerer Not und des Dankes für die mutigen Krieger machten sich in lebhaftem „Hochs“ Luft. Diese Außerachtlassung der Vorsicht hatte eine Salve zur Folge, welche die Mannschaften wieder in die richtige Stimmung brachte. Man warf sich schnell auf die Knie, und umgestürzt, um nur zum Schusse zu kommen, rannten die Neuangeworbenen zum Gitter und feuerten. Der Eisen vor außen ließ übrigens bald wieder nach, und mit der Morgendämmerung wurde es stille.

Der Oberst mit seinem Adjutanten und der Oberbürgermeister setzten nun, mit einer Bedeckung von einigen Mann, durch den Fasanengarten wieder auf ihren Posten in das Rathhaus zurück und zogen von dort aus den an der Waldhornstraße aufgestellten 4. Zug wieder an sich.

Der Tag brach an. Der Angriff auf das Zeughaus war abgeschlagen, die Straße wurde leer, ein Ueberfall war nicht mehr zu befürchten. Die neue Mannschaft übernahm allein die fernere Bewachung und die alte Mannschaft der 7. und 8. Komp. ordnete sich zum Abmarsch. Kaum hatten einige Rotten durch das kleine Thor die Straße erreicht, so trachtete ihnen ein Blitz aus heiterer Luft eine volle Ladung entgegen. Man sah keinen Feind; aus sicherem Versteck kam dieser Abschiedsgruß. Die Herausgetretenen zogen sich wieder zurück und begannen zu feuern, von der ganzen Besatzung unterstützt. Um halb vier wurde ein Versuch auf die gleiche Weise unternommen. Erst um 4 Uhr marschierten die beiden Kompagnien durch die menschenleere lange Straße an der Hauptwache (Rathhaus) vor, wo die Tapfern nach Hause entlassen wurden. Hauptmann Kraep führte das Kommando im Zeughaus. (Fortf. folgt.)

wangen, Neresheim, Horb, haben gegen die Leidenschaftlichkeit einzelner Dorfkaplane nichts auszurichten vermocht. Für die Nichtbeteiligung hat der ganze Wahlgang den für das Centrum unerwünschten Erfolg gezeitigt, daß er, wie ein klarer Spiegel, unzweideutig enthüllt hat, wer bei dem Centrum die Wahlen zu machen pflegt. Und da hat denn der unterlegene Kandidat, der von dieser Seite allen nur denkbaren Verunglimpfungen ausgesetzt gewesen ist, das Richtige getroffen, wenn er in einer der Versammlungen den anwesenden Gegnern gegenüber sagte: „Wenn sich Geistliche in die Arena des politischen Kampfes begeben, so müssen sie es sich gefallen lassen, mit demselben Maß gemessen zu werden, wie andere.“ Größer und offener ist wohl noch nie die Wahlbeeinflussung getrieben worden als bei diesem ultramontanen Bruderkampf.

Deutsches Reich.

Berlin, 23. Dez. Den Abendblättern wird von zuständiger Seite erklärt, daß die Meldung, Kriminalkommissar Tausch oder einer seiner Agenten sei im Frühjahr 1893 in der Dienstleistung eines höheren Postbeamten in einem Postwagen des Berlin-Hamburger Schnellzuges mitgeführt, um die nach Friedrichsruh bestimmten Briefschaften einer Revision zu unterwerfen, nach jeder Richtung hin unzutreffend und vollständig aus der Luft gegriffen ist.

Bremen, 23. Dez. Die Mitglieder des Bremer Effekten-Makler-Vereins beschloßen heute, sich nicht in das Börseregister eintragen zu lassen.

Ausland.

Rom, 23. Dez. Der Papst, der sich bester Gesundheit erfreut, empfing heute Mittag das heilige Kollegium der Kardinäle, dessen Dekan, Kardinal Dreglia, dem Papst die Weihnachtsgrüßwünsche der Kardinäle aussprach. Der Papst hielt eine Ansprache, in der er daran erinnerte, wie er sich bemüht habe, seine Mission dadurch zu erfüllen, daß er die Völker aufzuredete, den Charakter der Kirche und des Papsttums ohne Vorurteil zu betrachten, um durch den Einfluß des Christentums auf die staatlichen und sozialen Einrichtungen den Frieden zu sichern. Der Papst drückte dann sein Bedauern darüber aus, daß seine Mission durch die gegenwärtige Lage zu einer nützlichen gemacht worden sei, wie man gesehen habe, als er den Gedanken gefaßt habe, den Hunderten im fernsten feindlichen Lande befindlichen, vom Waffenglück verlassenen tapferen Soldaten Trost zu bringen. Diese That des Mitleides sei öffentlich und schuldig der Verleumdung und Verleumdung ausgeführt worden. Die Lage werde also immer noch von demselben Geiste beherrscht, denn jener Konflikt bestehe fort, für Millionen Gewissen in Unruhe versetzt und wie ein Alp auf den Gemüthern Italiens laste. Der Papst schloß, er hoffe zu Gott, daß eine Stunde der Erbarmung den Völkern Heilung bringen werde.

Saag, 23. Dez. Die zweite Kammer nahm mit 56 gegen 29 Stimmen das neue Zudergesetz an. Durch dasselbe werden die Prämien für die Hülsenfruchtfabrikanten für 1897 auf 250 Gulden pro 100 kg festgesetzt bis zum Höchstbetrage von insgesamt 2 1/2 Mill. Gulden im Jahre 1897, worauf dieser Prämienbetrag 8 Jahre hindurch jährlich um 100 000 Gulden vermindert werden soll, für Kaffinade wird der Prämienbetrag auf 1/2 Mill. pro 1897 festgesetzt. Dieser Betrag soll 5 Jahre hindurch jährlich um 50 000 Gulden niedriger bemessen werden.

Paris, 23. Dez. Wie der „Figaro“ meldet, hat der Oberste Kriegsrat sich in seiner vorgestrigen Sitzung für die Umwandlung des Feldartilleriematerials ausgesprochen. — Die Blätter geben der Uebersetzung Ausdruck, die Kammer werde der Errichtung von 4. Infanteriebataillonen zustimmen.

Lissabon, 23. Dez. Die Blätter veröffentlichen eine halbamtliche Mitteilung, wonach der Zwischenfall zwischen dem Deutschen Reich und Portugal beigelegt ist. Der Gouverneur wird dem deutschen Konsul einen Besuch abstatten, wovon letzterer erwidert wird. Ein portugiesisches Kriegsschiff wird die deutsche Flagge saluzieren, ein deutsches Schiff wird die gleiche Ehre der portugiesischen Flagge erweisen.

Sofia, 23. Dez. Heute wurde dem Fürsten Ferdinand die von der Sobranje beschlossene Adresse überreicht. Derselbe spricht zunächst den Dank des Volkes für die Begründung einer nationalen Dynastie und die Erneuerung brüderlicher Beziehungen in Ausland, sowie die Regelung der internationalen Stellung des Landes aus. Sodann bespricht die Adresse die für die weitere Entwicklung und den wirtschaftlichen Aufschwung des Landes im Gange befindlichen Bestrebungen und verspricht eine sorgfältige Würdigung der durch die angeländigten Gesandtschaften erwachsenen Ausgaben. Der Fürst erwiderte, die zwischen der Krone und der Nationalversammlung bestehende Eintracht sei ihm ein Ansporn und zugleich ein Unterpfand des Erfolges. Hauptaufgabe sei fortan für Fürst und Volk die innere Organisation des Staatswesens und die Förderung des Wirtschaftslebens, insbesondere durch den Abschluß von Handelsverträgen als der Grundlage für die nationale Wirtschaftspolitik. Die aufsteigende heimische Industrie solle geschützt, die Ausfuhr ihrer Erzeugnisse in die Wege geleitet und die Staatseinkünfte vergrößert werden. Die Rede des Fürsten wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Sofia, 23. Dez. In dem Prozesse gegen die Mörder Stambulows wurde heute das Zeugnis des Zeugen fortgesetzt. Der ehemalige Minister Sallabachew sagte gleichfalls aus, daß Bone Georgiew und Tuzetschew von Stambulow als seine Mörder bezeichnet wurden. Der Journalist Kirov, ein politischer Gegner Stambulows, erklärte, ein Vertrauensmann Stambulows sei zu ihm gekommen und habe ihm in dessen Namen ein Bündnis und materielle Unterstützung im Kampfe gegen die Regierung Stoilows angeboten, wenn er den Schutz für das Leben Stambulows gegenüber 6 oder 7 Personen verbürgen könne, wozu er natürlich nicht instande gewesen sei. Der Zeuge hätte Stambulow mitgeteilt, er habe von Tuzetschew nichts zu fürchten, und erklärte dies damit, daß er letzteren nicht für mützig genug hielt, ein Verbrechen zu begehen, welche sich am Orte des Verbrechens oder in der Nähe befinden, konnte keiner das Gesicht des fliehenden Mörders sehen. Michailows, der zur Zeit des Verbrechens zum Diner bei dem macedonischen Komitee war, sagte aus, ein gewisser Taku sei einige Tage unter dem Tache des Hauses, in welchem das macedonische Komitee untergebracht war, verdeckt geblieben. Derselbe habe gestanden, daß er der Mörder Stambulows sei. — Die Witwe Stambulows, welche krank ist, war zur Verhandlung nicht erschienen.

Konstantinopel, 23. Dez. Nach amtlicher Verlautbarung wurde die vom armenischen Patriarchen nachgesuchte und vom Ministerat beantragte Amnestie unter folgenden Bedingungen erlassen: Den Amnestierten wird in Konstantinopel durch den Patriarchen und in den Provinzen durch die Bischöfe neuerlich der Unterthaneneid abgenommen. Der Patriarch und der Ministerat bürgen dafür, daß sich die Amnestierten künftighin ruhig verhalten. Die Amnestierten bleiben unter Polizeiaufsicht mit Ausnahme der zum Tode verurteilten Personen. Diese werden in einer Festung interniert, wo sie ihr Gewerbe betreiben können und so lange bleiben, bis man sich von

ihrer Besserung überzeugt habe. Gleichzeitig wird das Amnestiegesuch des armenischen Patriarchen veröffentlicht und darin ausgeführt, daß die Armenier die Absicht des Komitees nicht gekannt hätten und verführt worden seien. — Eine weitere amtliche Verlautbarung giebt die Ernennung des früheren Vaukenministers Chenik Pajcha zum Präsidenten des vom Sultan errichteten Rechnungshofes bekannt. — Schließlich wird amtlich bekannt gegeben, daß im Hauran die Ruhe wieder hergestellt sei, und alle verwendeten Redibataillone entlassen werden. 195 Scheichs und Hauptagitatoren seien nach Beirut gebracht worden, von wo sie ins Exil geschickt werden. 600 Drusen seien gewaltfam zur Armees ausgehoben. Die Reform der Verwaltung der Gensdarmerie und des sonstigen Sicherheitsdienstes sei in der Durchführung begriffen.

Amerika.

Buenos-Aires, 23. Dez. Der Finanzminister Dr. Romero hat seine Entlassung gegeben. Das Entlassungsgesuch wurde angenommen.

Baden und Nachbarländer.

Karlsruhe, 24. Dez. Wir möchten heute einmal unsere Stellung zu der konservativen Partei zur Sprache bringen. Diese Partei wird in Baden von Männern wie Herr v. Stockhorner, Herr Reinmuth und andern geführt, die sich bei allen Parteien der größten Achtung erfreuen. Wir Nationalliberale fühlen uns mit den Konservativen durch die gemeinsame deutsche und reichstreue Gesinnung verbunden. Die Unterscheidungsmerkmale liegen mehr auf kirchlichem, als auf politischem Gebiet und kommen zur Zeit in Baden wenig in Betracht. Wenn wir unser Gedächtnis noch so sehr anstrengen, so fällt uns kein irgendwie erheblicher Punkt ein, in dem wir im verfloßenen Jahr mit den Konservativen in Streit geraten wären. Wir haben unsere seitens jeden unnötigen Angriff auf die Konservativen vermieden, weil wir die gewiß in der Schlichtung begründete Hoffnung hegen, daß sie ebenso entschieden, wie wir selbst, gegen die andern Parteien und die schwarze Demagogie Front machen würden. In einzelnen Fällen ist dies von dem konservativen Organ geschehen, was wir mit Zustimmung verzeichneten. Aber eine seltsame, hiermit im Widerspruch stehende Thatsache hat uns eigentümlich berührt. Dit, wenn wir gegen die feindliche Presse mitten im Kampfe stehen, erhalten wir von der „Bad. Landpost“ einen Stich in den Rücken; werden wir nicht direkt angefallen, so vernehmen wir doch ein schadenfrohes Gejohle von der Stelle her, wo die „Bad. Landpost“ dem Kampfe zusieht, in dem ihre volle Sympathie auf unserer Seite sein sollte. Gar zu gerne spielt sich jenes Blatt, seine Bedeutung etwas übersehend, als Hofmeister der „Bad. Landeszeitung“ auf, an der ihm bloß alles nicht recht ist. Wir möchten nun doch aus der Frage erlauben, welchen vernünftigen Zweck im Sinne der konservativen Politik diese Haltung der „Landpost“ verfolgen soll? Auch aus konservativen Kreisen ist uns in der letzten Zeit die wärmste Anerkennung der „deutschen“ Bestrebungen der „Landeszeitung“ zu teil geworden; wir müssen annehmen, daß Männer, wie die Herren v. Stockhorner, Herr Reinmuth, mit der eigentümlichen Haltung der „Landpost“ in der gedachten Beziehung nicht einverstanden sind. In diesem Falle würde eine rein persönliche Politik ihres Herrn Redakteurs vorliegen, und es dürfte Sache der Parteileitung sein, diese allerdingsten auf einen andern Ton zu stimmen. Wir wollen uns in dieses Thema nicht weiter vertiefen; das (in freundschaftlichem Sinn) Gesagte wird genügen, um verstanden zu werden. Wir haben auch gar nichts gegen die Person des Herrn Röder, vorausgesetzt, daß er uns ebenso in Ruhe läßt, wie wir ihn im ganzen verfloßenen Jahr niemals herausgefordert haben. Es würde uns leid thun, wenn das gegenseitige Verhältnis zweier reichstreuer Parteien durch unnötige persönliche Zeitungs-Polemik notleidend würde, zweier Parteien, die doch in allen reichsdeutschen Interessen auf ein Zusammengehen angewiesen sind.

Karlsruhe, 24. Dez. Die „Offenb. Ztg.“ schreibt: Eigentümlich! Das Centrum hat eine Kandidatur aufgestellt. Der Erlöser (v. Stöckingen) nimmt aber nicht an. Schon vorher wurden andere Namen genannt. — Die Nationalliberalen haben einen Kandidaten aufgestellt (Dr. Merz). Dieser Herr nimmt auch nicht an. Auch hier waren vorher andere Namen (Faller und Stremm) genannt worden. — Also Kandidatenot hier, Kandidatenot dort. Wann endlich werden die Diäten kommen?

Auf liberaler Seite hat die Kandidatenot bekanntlich ein Ende gefunden durch den Entschluß des Herrn Dr. Merz, die ihm angebotene Kandidatur anzunehmen. Die Diätenfrage hat übrigens unter den Bedenken des Herrn Dr. Merz keine Rolle gespielt. Will denn das Offenburger Centrumblättchen andeuten, daß Herr v. Stöckingen nur deshalb abgelehnt habe, weil er als Reichstagsabgeordneter keine Diäten bekommen würde? Das wäre doch ein schändlicher Angriff auf den Vertrauensmann der eigenen Partei! Wir trauen dem Herrn eine solche Gesinnung nicht zu.

Karlsruhe, 24. Dez. Die „Karlsruher Ztg.“ schreibt: Die Nummer 346 I. vom 16. d. Mts. des in Ludwigshafen erscheinenden „Neuen Pfälzer Kuriers“ enthält aus Anlaß einer Besprechung des Töpferstreikes in der Steinzeugwarenfabrik zu Friedrichsfeld bezüglich der vermittelnden Tätigkeit des Vorstandes der Badischen Fabrikinspektion einige unwahre Angaben. Es ist daher der Redaktion des genannten Blattes folgende Berichtigung zugegangen:

1. Es ist nicht wahr, daß Derregierungsrat Wörishoffer es nur ablehnte, auf eine objektive Darstellung des Sachverhaltes seitens der Fabrikleitung einzugehen. Die sehr eingehende längere Darlegung des Direktors wurde ohne jede Unterbrechung bis zu Ende gehört. Nur die Einmischung in die Besprechung seitens eines subalternen Angestellten, den der Direktor als Umrundungsperson beigegeben hatte, wurde zurückgewiesen. 2. Es ist nicht wahr, daß der Beamte durchblicken ließ, daß er die Direktion zur Wiedereinstellung der Ausgeschlossenen zu nötigen geneigt sei. 3. Es ist nicht wahr, daß der Beamte der Direktion den Rat gab, nach der Wiedereinstellung der Wipfelnigen unter der Hand die Anfänger beim die Wipfelnigen wieder zu entlassen. Derselbe machte vielmehr erfolglos folgenden, bei der Besprechung niedergeschriebenen Vermittlungsvorschlag: Alle Arbeiter sollen unter Fallentlassen der sämtlichen gestellten Forderungen die Arbeit wieder aufnehmen. Etwasige Wünsche sollen dann in Ordnung mit einer geeigneten Vertretung unter Aufrechterhaltung des bisherigen Arbeitsverhältnisses seitens der Direktion verhandelt werden.

Destringen, 23. Dez. Die Mitteilung aus Bruchsal bezüglich der Erbauung einer Bahn, die in Ringolsheim abgweigt und über Deneheim nach Eichersheim führen soll, ist insoweit unzutreffend, als diese Bahn nur über Destringen geführt werden kann. Ein anderes Projekt für Verbindung der Orte Destringen und Eichersheim mit dem Schienenstrang existiert nicht.

Eppingen, 22. Dez. Die durch den Tod des Herrn Posthalters Witter in Erbleigung gekommene Direktorstelle bei dem hiesigen Vorschußverein wurde am verfloßenen Sonntag neu besetzt. Es wurde Herr Konrad Wegger, Bierbrauer dahier, mit einer an Einmütigkeit gleichkommenen Mehrheit gewählt. Ebenfalls fand die Wahl zweier Aufsichtsratsmitglieder statt, und gingen hierbei die Herren Kaufmann Huber und Seifensieder Jutzavorn aus der Wahlurne hervor.

Aus der Saar, 23. Dez. Gestern Abend 11 Uhr brannte das Wohnhaus des Christian Schlenker in Sunthausen nieder. Ein hjähriger Knabe fand den Tod in den Flammen. Der Schaden an Fahrnissen beträgt ca. 2000 M. Die Bewohner konnten über die Entstehung des Brandes keine Angaben machen, da sie nur mit knapper Not sich zu retten im stande waren. Die Notlage der Familie ist eine sehr große.

Donauwörth, 23. Dez. Gestern Abend wurde eine sehr zahlreiche besuchte Versammlung der hiesigen liberalen Partei,

der auch der Präsident der F. F. Kammer, Herr Hentig, anwohnte, im Gasthaus zum Lamm abgehalten, bei welcher die hochfeste Mittheilung gemacht werden konnte, daß Herr Dr. Merz die Kandidatur bestimmt angenommen habe. In Herrn Dr. Merz besitz die liberale Partei einen hochachtbaren, charakterfesten, von echt patriotischem Geiste durchdrungenen und für das Volkswohl treu besorgten Kandidaten, dem zu wünschen ist, daß er durch eine glänzende Stimmenmehrheit als Volksvertreter gewählt werde. An Herrn Dr. Merz wurde ein Begrüßungstelegramm abgeschickt. Auch wurde die Neuwahl der Vorstandsmitglieder der liberalen Partei vorgenommen. Gewählt wurden die früheren Vorstandsmitglieder und zwar die Herren Dr. Dreß (Vorsitzender), Bürgermeister Fischer, Hofapotheker Kirzner, Bauunternehmer Wall, F. F. Hofmeister Eschborn, Adlerwirt Seltenreich, Hofbuchdrucker Willibald und an Stelle des nach Karlsruhe bezogenen Ministerialrats Dr. Stremm Herr Oberamtmann Seubert.

Stuttgart, 23. Dez. Die Duellaffaire zwischen dem Premierlieutenant Grafen Urquell und dem Legationssekretär von der preussischen Gesandtschaft, Freiherrn v. Wangenheim, bildet augenblicklich hier das Tagesgespräch. Es kann nicht der erste beste Grund gewesen sein, welcher die beiden Leute zu dem Zweikampf veranlaßt hat, denn es lagen demselben sehr schwere Bedingungen zu Grunde. Der erstgenannte Duellant ist Ledig, Baron v. Wangenheim, welcher noch nicht lange hier ist, verbeiratet. Ueber die Ursache des Zweikampfes kursieren verschiedene Gerüchte. — Die Kosten des großen Reiterfestspiels der hiesigen Königs-Dräger werden auf 50—60 000 M. angegeben, welche das Offizierskorps resp. das Regiment trägt. — Nachdem die Hauptlinien der elektrischen Straßenbahn jetzt ausgebaute sind, wird demnächst die Frage der Einführung einer Einheitslage à 10 Pf. und die Einführung des 5 statt 6-Minutenbetriebes angeregt werden. Ob die Verwaltung, die bei den gegenwärtigen Tagen ein sehr gutes Geschäft macht, darauf eingeht, ist eine andere Frage. — Während bisher bei Auswahl berühmter Namen zur Benennung neuer Straßen in Stuttgart ziemlich planlos verfahren wurde, soll jetzt auf Vorschlag des Oberbürgermeisters Rümelin ein gewisses System eingehalten werden, nach welchem Dichtern, Künstlern, Staatsmännern, Potentaten etc. je ein besonderes Quartier eingeräumt wird. Man kann also für die Folge in Stuttgart je nach seiner Neigung im Dichter-, Künstler-, Straßengischen oder diplomatischen Viertel sich einlogieren.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 24. Dez.
— **Hofbericht.** S. K. H. der Großherzog hörte am Samstag, den 19. d. M. den Vortrag des Geheimen Legationsrats Dr. Fehren v. Bado. Am Sonntag Vormittag hielt der Prälat a. D. D. Doll in der Schloßkapelle in Baden-Baden einen Gottesdienst ab. Nachmittags erhielten die höchsten Herrschaften den Besuch des Prinzen Heinrich XIX. Neuß und Gemahlin. Dienstag Vormittag nahm S. K. H. den Vortrag des Obersten Wälders und nachm. denjenigen des Ministers v. Brauer entgegen. Gestern Vormittag empfing S. K. H. der Großherzog den Staatsminister Dr. Hoff zu längerem Vortrag. Gleichzeitig traf Prinz Max zum Besuch der höchsten Herrschaften in Schloß Baden ein, verweilte daselbst bis gegen 5 Uhr und kehrte dann nach Karlsruhe zurück.

— **Grüßwärtchen von der Postbesprechung ausgeschlossen.** Wir haben schon in der gestrigen Nummer betont, daß Neujahrespostkarten beleidigenden oder unästhetischen Inhalts von der Post nicht befördert werden. Die hiesige Oberpostdirektion macht nun bekannt, daß diese allgemeine Bestimmung, deren strenge Durchführung die zunehmende Verrohung der Neujahreskarten immer notwendiger macht, auch für jene Neujahreskarten gelte, welche im Verlage von J. Junginger in Stuttgart erscheinen, auf der Rückseite mit „Post Neujahr“ und „Grüßwärtchen Nr. 1 u. s. v.“ bezeichnet sind und den Empfänger beleidigende Reime enthalten. Das Vorgehen der Postbehörde dürfte allgemeinen Beifall finden.

— **In Großh. Landesgewerkschaften** sind zur vorübergehenden Ausstellung neu zugegangen: Von K. Jaag, L. Kieffer's Nachf., in Karlsruhe; J. Thonon, elfenbeinartig mit Verzierungern. Von J. Geyer in Karlsruhe; 1 Keilstein; und Achsenwerkmaschine. Von J. H. Richter in Mannheim; 1 Spiegelstrahl, 1 Bettstelle, 1 Waschtisch, 1 Spiegel, 1 Nachttisch und 1 Stuhl. Von Junker u. Kuh in Karlsruhe; 2 Dosen. Von J. Lang in Karlsruhe; 1 großer Kochherd. Von G. Apel in Konstanz; 1 Gerüstleitenhalter.

— **Der Badische Frauenverein** hat neuerdings eine G... geschaffen, von der man sich reichen Nutzen für das geistige Leben des Volkes versprechen darf. Aus Anregung J. K. H. der Großherzogin wurde nämlich eine Volksbibliothek gegründet, aus welcher nach allen Orten im badischen Land, wo Bedürfnis und Nachfrage sich zeigt, Bücher zur Verfügung abgegeben werden sollen. In den einzelnen Gemeinden werden Vertrauensmänner bestellt, welche den Bezug und das Ausleihen der Bücher vermitteln. Die Wanderbibliothek des Frauenvereins verfügt schon jetzt über einen stattlichen Bestand wertvoller Bücher, teils belehrenden, teils unterhaltenden Inhalts; ihre Ausmaß zeigt, wie die „Karlsruh. Ztg.“ schreibt, von sorgfältiger Prüfung und richtigem Verständnis für das, was dem Volk frommt, und von dem Streben, alles fernzuhalten, was in konfessioneller oder sonstiger Beziehung Anstoß erregen könnte. Das Unternehmen des Badischen Frauenvereins hat auch außerhalb Badens Aufmerksamkeiten erregt und wird voraussichtlich in anderen deutschen Ländern Nachahmung finden.

— **200 Millionen Patronen** hat die hiesige Patronenfabrik, wie wir hören, bis jetzt durch ihre Munitionsfabrik in Gröbzingen an die Türkei abgeliefert — abgesehen von Lieferungen in mindestens gleicher Höhe für andere Staaten. Aus der Arbeiterschaft heraus bildete sich bei dieser Gelegenheit ein gelungener Festaft. Als die letzte Riste dieses ungeheuren Quantums vorgestern gefüllt war, betrauzten die Arbeiter den Transportwagen, welchen sie mit der Aufschrift 200 000 000 versehen hatten, und geleiteten denselben im Triumphzuge aus der Fabrik. Die Fabrikleitung erhöhte die Festimmung dadurch, daß sie die gesamte Arbeiterschaft in Gröbzingen mit einem Weisprobt mit Bier bewirtete, was bei derselben große Freude hervorrief. Auch in der Karlsruher Fabrik wurde der Arbeiterschaft gestern, wie alljährlich zu Weihnachten, durch Verabfolgung von Nahrungsmitteln und Getränken eine Freude bereitet. Dieser schöne Brauch dient gewiß dazu, das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu befestigen und ist zu hoffen, daß derselbe sich auch im nächsten Jahre für eine gleich große Arbeiterschaft — etwa 2500 — wiederholen wird, da äußeren Vernehmen nach die Fabriken Karlsruhe und Gröbzingen in allen ihren Betriebszweigen gut beschäftigt sind.

Militärantwörter im Gemeindedienst.

Man schreibt uns:
Der in Nr. 302 Ihres geschätzten Blattes aus der „Konstanzer Ztg.“ abgedruckte Artikel über die Anstellung von Militärantwörtern im Gemeindedienst kann nicht ohne Entgegnung bleiben, da er einerseits aus der mitgeteilten Bekanntmachung des Magistrats zu Görlich einen falschen Schluß zieht und andererseits die Tendenz der Karlsruher Denkschrift völlig mißversteht. Wenn der Magistrat von Görlich in seinem Dienstausweise für die Stelle eines Kassensassistenten einen Militärantwörter sucht, so ist daraus keineswegs zu folgern, daß er Militärantwörter als besonders geeignet für ein derartiges Amt ansieht; denn in Preußen bestehen zufolge eines Gesetzes vom Jahr

